

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sven-Christian Kindler, Anja Hajduk, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/16841 –**

In die Zukunft investieren – Kreditspielräume nutzen und erweitern

A. Problem

Angesichts der Klimakrise, enormer Investitionsbedarfe, niedriger Zinsen und der stagnierenden Konjunktur ist es sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll, Möglichkeiten für eine Kreditfinanzierung von Investitionen zu nutzen. Diese und die vergangenen Bundesregierungen haben es aus Sicht der Antragsteller versäumt, eine zuverlässige Investitionspolitik des Bundes herzustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/16841 abzulehnen.

Berlin, den 9. September 2020

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer
Vorsitzender und Berichterstatter

Eckhardt Rehberg
Berichterstatter

Dennis Rohde
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Dennis Rohde, Peter Boehringer, Otto Fricke, Dr. Gesine Lötzsch und Sven-Christian Kindler

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/16841** in seiner 143. Sitzung am 30. Januar 2020 beraten und an den Haushaltsausschuss zur alleinigen Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern,

- angesichts der Klimakrise und der enormen Investitionsbedarfe bei Digitalisierung, öffentlicher Infrastruktur, Bildung, Wohnungsbau, Mobilität, angesichts niedriger Zinsen und der stagnierenden Konjunktur, die Möglichkeiten der Kreditfinanzierung von Investitionen in Klimaschutz zu nutzen;
- die Investitionsbereiche zu identifizieren, die sinnvoll in Investitionsgesellschaften gebündelt werden können und diese Gesellschaften kreditfähig zu machen;
- die Schuldenbremse im Grundgesetz weiterzuentwickeln und mit einer verbindlichen Investitionsregel zu verknüpfen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Haushaltsausschuss hatte in seiner 53. Sitzung am 15. Januar 2020 bereits auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. und mit den Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD die Durchführung einer öffentlichen Anhörung zur Thematik Schuldenbremse/Investitionen beschlossen.

In seiner 54. Sitzung am 29. Januar 2020 fasste der Haushaltsausschuss schließlich auf Antrag der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und mit den Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und SPD den Beschluss, die öffentliche Anhörung – unter anderem – um den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/16841 zu erweitern.

Die erweiterte öffentliche Anhörung – unter anderem – zu dem Antrag auf Drucksache 19/16841 führte der Haushaltsausschuss in seiner 56. Sitzung am 2. März 2020 durch. Folgende Einzelsachverständige, Verbände und Institutionen hatten Gelegenheit zur Stellungnahme:

Prof. Dr. Peter Bofinger, Universität Würzburg

Prof. Dr. Thiess Büttner, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Sebastian Dullien, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung

MR BRH Dieter Hugo, Bundesrechnungshof

Dr. Stephan Kohns, Deutsche Bundesbank

Prof. Tom Krebs, Ph.D., Universität Mannheim

Prof. Dr. Dirk Meyer, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg

Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Prof. Dr. Achim Truger, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Volker Wieland, Universität Frankfurt

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatungen eingegangen. Das Protokoll (Protokoll-Nr. 19/56) einschließlich der eingereichten schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen (Drucksache 19(8)5674) ist der Öffentlichkeit zugänglich.

Unter Einbeziehung der Ergebnisse der öffentlichen Anhörung vom 2. März 2020 hat der **Haushaltsausschuss** in seiner 70. Sitzung am 9. September 2020 den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/16841 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. gefasst.

Berlin, den 9. September 2020

Eckhardt Rehberg
Berichterstatter

Dennis Rohde
Berichterstatter

Peter Boehringer
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Lötzsch
Berichterstatterin

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter